

NIEDERSCHRIFT

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation
und Frauengleichstellung

vom:	18.02.2000
von:	15.00 Uhr
bis:	18.40 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz - als Vorsitzender -
AM Bialowons-Sting, Eva-Marie
AM Dittrich, Karl-Heinz
Stv Eberlein, Klaus-Peter - für Stv Gerlach, Heinrich -
Stv Gelber, Gunther
Stv Gierlich, Michael - ab 15.30 Uhr -
AM Kessler, Irene
AM Löwenberg, Horst
Stv Mues, Steffen
Stv Schneider, Manfred - bis 18.15 Uhr -
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Zips, Joachim

II. Beratende Mitglieder:

AM Bosch, Erna - bis 18.15 Uhr -
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

AM Kamieth, Jens - bis 18.00 Uhr -
AM Vetter, Eckhard

IV. Vom Personalrat:

StAl Müller - bis TOP 9 -
VA Bernshausen

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel
StK Baumeister - bis TOP 9 -
Städt. OVR Lehmann
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Xandry - bis TOP 7 -
VA Wehler
Stl Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

Stv Gerlach, Heinrich

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung sind damit einverstanden, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt 3.1 (Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu erweitern.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Steffen Mues bestimmt.

1. AfPOF 18.02.2000

2. Bestellung der Schriftführerin und Schriftführer

Vorlagenr. 21/99 - Vorlage vom 25.10.1999 -

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung des Rates der Stadt Siegen bestellt Herrn Hendrik Schöler als Schriftführer und stimmt zu, dass im Verhinderungsfall Frau Dorothee Münker oder Herr Burkhard Kreutz die Vertretung wahrnehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. AfPOF 18.02.2000

3. Fragestunde

3.1 Weiterer Umgang mit dem Neuen Steuerungsmodell und Neubesetzung der Abteilungsleitung FB 2/3 (Steuerung)

- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.02.2000 -

Aufgrund der komplexen und bedeutsamen Thematik „Neue Steuerung“ kündigt Herr Lehmann eine Verwaltungsvorlage zur nächsten Sitzung an. Derzeit wird in der Verwaltung über einzelne Elemente der Organisation und Personalentwicklung beraten. Wenn sich die Verwaltungsführung auf ein Meinungsbild verständigt hat, wird die notwendige Beteiligung der Beschäftigten und der Politik erfolgen. Insofern setzt er die Beantwortung der Fragen 1 bis 4 aus.

Zur Frage 5 nimmt er wie folgt Stellung: In der Abteilung 2/3 (Steuerung) werden nicht nur Aufgaben der Steuerungsunterstützung im Rahmen des Neuorganisations-prozesses wahrgenommen, sondern in deutlich überwiegendem Umfang originäre Querschnittsaufgaben der Organisation (Personalbemessung, Stellenbewertung u. a.). Er beabsichtigt, diese (in der letzten Legislaturperiode zurückgestellten) originären Organisationsaufgaben insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung zu reaktivieren als Grundlage für künftige organisations- und personalwirtschaftliche Entscheidungen, .

1. AfPOF 18.02.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

1. AfPOF 18.02.2000

5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2000

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen wurden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

VERWALTUNGSHAUSHALT

HHSt. 1.022.5620.4 - Aus- und Fortbildung des Personals

Herr Schneider hält den Ansatz für zu gering bemessen und bittet den Bürgermeister, die im vergangenen Jahr ausgesetzten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Führungskräfte wieder durchzuführen.

Die Herren Lehmann und Baumeister erklären, dass die im Haushaltsjahr 1999 nicht verausgabten Mittel in Höhe von rd. 100 TDM nach Abzug der vom Kämmerer verfügbaren Haushaltssperre voraussichtlich als Haushaltsrest nach 2000 übertragen werden.

HHSt. 1.060.16623 - Kostenerstattung des Eigenbetriebes

Auf die Frage von Herrn Schneider antwortet Herr Baumeister, dass die Ansatzreduzierung aus der fortschreitenden Verselbständigung des Eigenbetriebes resultiert. Weiterhin entfallen durch den Bezug eigener Räumlichkeiten auf der Kläranlage Rinsenu Mietzahlungen durch den Eigenbetrieb.

HHSt. 1.060.5301.4 - Leasing- und Wartungsgebühren für EDV-Anlagen

HHSt. 1.060.6720.1 - Anteilige Betriebskosten KDZ

Herr Schneider möchte wissen, ob nach Einführung der PCs eine Reduzierung der Kosten erreicht werden kann.

Herr Stötzel begründet die Notwendigkeit der Kommunalen Datenzentrale insbesondere im Online-Bereich. Die Kosten sind seines Erachtens im Vergleich zum Nutzen angemessen. Verwaltungsintern wird derzeit an einem TUIV-Bericht

gearbeitet, der kurzfristig im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden soll. Auf dieser Grundlage kann die Thematik dezidiert behandelt werden.

Fazit:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung des Rates der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haus-haltssatzung / Haushaltsplan 2000 einschließlich des Investitionsprogrammes 1999 - 2003 zu beschließen.

1. AfPOF 18.02.2000

6. Beratung der Haushaltsstellen des UA 025 in der Zuständigkeit als Fachausschuss

Vorlagenr. 269/00 - Vorlage vom 20.01.2000 -

Fazit:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung des Rates der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haus-haltssatzung / Haushaltsplan 2000 einschließlich des Investitionsprogrammes 1999 - 2003 zu beschließen.

1. AfPOF 18.02.2000

7. Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung

Vorlagenr. 271/00 - Vorlage vom 27.01.2000 -

Herr Dr. Holzäpfel, Frau Bialowons-Sting und Herr Schneider loben ausdrücklich die positiven Darstellungen in der Verwaltungsvorlage.

Herr Schneider macht darauf aufmerksam, dass, obwohl keine Kündigung ausgesprochen wurde, aber dennoch eigene Mitarbeiter durch die Fremdvergabe der Reinigungsleistungen ersetzt wurden.

Er fordert für alle Mitarbeiter, die mindestens 4 Stunden täglich am PC arbeiten, ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze. Weiterhin möchte er wissen, wie der Umsetzungsstand des zentralen Gebäudemanagements ist.

Die Herren Stötzel und Lehmann informieren, dass im Rahmen der Umsetzung der Dienstvereinbarung mit dem Personalrat sämtliche PC-Arbeitsplätze der Verwaltung bis spätestens Ende des Jahres im möglichen Rahmen ergonomisch ausgestattet werden sollen.

Herr Stötzel teilt mit, dass bezüglich eines zentralen Gebäudemanagements Vorarbeiten als Grundlage für weitere Schritte geleistet wurden. Vor dem Hintergrund

zahlreicher städtischer Gebäude und des erheblichen Eingriffs in viele organisatorische Bereiche ist vor der politischen Beratung eine Meinungsbildung in der Verwaltungsführung erforderlich. Die Gesamthematik ist in Bearbeitung.

Fazit:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung zur Kenntnis.

1. AfPOF 18.02.2000

8. **Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen**
1. **Stellenplan 2000**
2. **Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 1996 - 2000 (Fortschreibung)**

Vorlagenr. 242/00 - Vorlage vom 25.01.2000 -

Herr Lehmann macht grundsätzliche Ausführungen zur Verwaltungsvorlage mit ihren Anlagen. Das auf Seite 4 im dritten Absatz genannte vorläufige Rechnungsergebnis im Bereich Personalkosten (ca. 105 Mio. DM) kann er nunmehr mit 104.935.255,81 DM genau beziffern.

Die in der Vorlage dargestellten Personalkosten in Höhe von 106 Mio. DM sind aufgrund der mit Ratsbeschluss vom 15.12.1999 einzurichtenden Mehrstelle um ca. 80 TDM zu erhöhen.

Wie auf Seite 5 dargestellt, ist der Ansatz risikobehaftet, so dass die Nachbesetzung freiwerdender Stellen äußerst restriktiv zu behandeln ist.

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 04.03.1998 ist dieser Verwaltungsvorlage keine Beförderungs- bzw. Höhergruppierungsvorlage beigelegt, diese wird in nächster Zeit präsentiert.

Die Verwaltung ist bemüht, die Ausbildungskräfte, die dieses Jahr voraussichtlich ihre Ausbildung beenden, zu übernehmen. Er deutet an, dass im Rahmen der Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 - 2005 überlegt werden muss, ob die Zahl der insgesamt beschäftigten Auszubildenden weiterhin bei 95 liegen kann. Bei Berücksichtigung der derzeitigen Altersstruktur sind künftige Übernahmemöglichkeiten im klassischen Verwaltungsbereich bedenklich.

Frau Nauck äußert vor dem Hintergrund der in der Verwaltungsvorlage dargestellten Risiken, insbesondere der Tarifverhandlungen, erhebliche Bedenken gegen den Personalkostenansatz.

Herr Löwenberg führt aus, dass der Ansatz 2000 gegenüber dem Rechnungsergebnis 1999 um 1 Mio. DM erhöht wurde, im Stellenplan jedoch 7 Stellen weniger als 1999 ausgewiesen werden. Er befürchtet, dass die Aufgaben durch immer weniger Personal bewältigt werden müssen.

Im Sinne der Klarheit und Transparenz des Stellenplanes bittet er um Auskunft, bei welchen Stellen den Personalkosten entsprechende Refinanzierungsanteile Dritter gegenüberstehen. Er bittet um Fortschreibung der vor Jahren erarbeiteten diesbezüglichen Aufstellung.

Herr Baumeister bestätigt, dass der Personalkostenansatz risikobehaftet ist. Die kommenden Tarifverhandlungen stellen sinnbildlich einen Sprengsatz für den Haushalt dar. Er informiert, dass der durch den Innenminister vorgegebene Handlungsrahmen einen Abbau der Personalkosten verlangt, selbst wenn tarifvertragliche Steigerungen auf die Kommune zukommen. Da das vorhandene Personal bereits größtenteils zur Erfüllung von Pflichtaufgaben benötigt wird, hält er eine konsequente Aufgaben- bzw. Ausgabenkritik für erforderlich.

Er legt dar, dass ein Aussagewert der von Herrn Löwenberg erbetenen Fortschreibung der „Refinanzierungsübersicht“ nicht verneint werden, im Ergebnis jedoch die Personalkosten nicht beeinflussen kann. Die besondere Problematik der Refinanzierungsstellen sieht er darin, dass oftmals lediglich eine Anschubfinanzierung durch Bund oder Land gewährt wird. Nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes ist die Stadt in der Finanzierung dieser Stellen auf sich allein gestellt.

Herr Stötzel bringt vor, dass als Ziel die Personalkosten real dargestellt, auf der anderen Seite jedoch auch niedrig gehalten werden sollen als Appell an die Verwaltung, bei Wiederbesetzungen Vorsicht walten zu lassen. Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen gibt er sich optimistisch, dass der gebildete Personalkostenansatz gehalten werden kann. Er macht deutlich, dass eine Fortschreibung der Stellen mit Refinanzierungsanteilen grundsätzlich möglich ist, aber wegen des hohen Aufwandes nicht zeitgleich mit der Einbringung im Rat erstellt werden kann.

Herr Gierlich weist darauf hin, dass die Beratungen des Stellenplanes immer wieder den bestehenden Interessenkonflikt verdeutlichen: Auf der einen Seite sind die Kommunen zum Sparen angehalten, auf der anderen Seite sollen Arbeitsplätze erhalten werden.

Er lobt die hohe Transparenz des Stellenplanes im Vergleich zu den Vorjahren, hofft jedoch unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Herrn Löwenberg, dass diese künftig noch verbessert werden kann.

Er ist einverstanden mit dem Personalkostenansatz, eine genaue Kalkulation ist aufgrund zu vieler Unbekannten nicht möglich.

Herr Schneider befürchtet, dass aufgrund der prognostizierten Tariflohnerhöhungen der Ansatz um mindestens 1 Mio. DM erhöht werden müsste.

Bezüglich des fortzuschreibenden Ausbildungsstellenplanes fordert er, dass weiter-hin 95 Ausbildungskräfte bei der Stadt Siegen beschäftigt werden. Er spricht sich dafür aus, ggf. Umschichtungen vorzunehmen und mehr Ausbildungskräfte im Bereich der Datentechnik auszubilden, da hier künftig sowohl am öffentlichen als auch am freien Markt ein hoher Bedarf gegeben sein wird. Er appelliert an die Verwaltung, genügend offene Stellen zugunsten der Übernahme von Auszubildenden freizuhalten.

BERATUNG DER ANLAGE 1 - Mehrstellen 2000

Herr Gierlich führt aus, dass die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Bereich Museen vorhanden war. Aufgrund eines entsprechenden Beschlusses wurde diese Stelle umgewandelt in eine Verwaltungsstelle und festgelegt, dass die eingesparten Personalkosten als Honorarmittel in diesem Bereich Verwendung finden sollten. Seiner Auffassung nach sind die erforderlichen Tätigkeiten durch Honorarkräfte nicht zureichend zu erfüllen. Auch vor dem Hintergrund zusätzlicher Aufgaben durch die Eröffnung des Museums für Gegenwartskunst beantragt er eine zusätzliche BAT II-Stelle, die mit einem Historiker / einer Historikerin mit dem Profil Regional- und Industriegeschichte des Siegerlandes besetzt werden sollte.

Herr Stötzel hält im Sinne einer guten Transparenz eine genauere Prüfung der Notwendigkeit für erforderlich.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, eine Mehrstelle im Bereich Museen mit der Bewertung nach BAT II einzurichten.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 4 Enthaltungen

Vor einem Beschlussvorschlag über die Einrichtung der Abteilungsleitungsstelle im Fachbereich 2/3 möchte sich Herr Löwenberg von der Notwendigkeit der Inhalte überzeugen lassen. Er verweist insofern auf die bislang unbeantworteten Fragen 1 bis 4 der heutigen Anfrage zu TOP 3.1. Grundsätzlich möchte er darüber aufgeklärt werden, wie die Verwaltung im Prozess „Neue Steuerung“ weiter vorgeht. Bis zur Klärung dieser Fragen beantragt er, einen entsprechenden Beschlussvorschlag auszusetzen.

Auch Herr Schneider hat zur grundsätzlichen Umorganisation innerhalb des Fachbereiches 2 erheblichen Klärungsbedarf.

Herr Lehmann verweist auf die Stellungnahme des Personalrates, der zu entnehmen ist, dass zur Zeit noch kein Einvernehmen zwischen Verwaltung und Personalrat gegeben ist. Zu TOP 3.1 hat er bereits sein erklärtes Ziel erwähnt, zukünftig Organisationsarbeit verstärkt zu betreiben. Insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltssicherung möchte er in Zukunft Stellenwiederbesetzungen sowohl im Hinblick auf Umfang als auch auf Qualität äußerst kritisch geprüft wissen. Hierzu muss seines Erachtens eine qualitative Verstärkung in der Abteilungsleitung vorgehalten werden.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Einrichtung der Stelle einer Abteilungsleitung im Fachbereich 2/3 solange auszusetzen, bis die weiteren Verfahrensschritte hinsichtlich der Neuen Steuerung geklärt sind.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

Im Stadtgebiet Siegen wurden viele neue Plätze geschaffen. Um eine Nutzung dieser Plätze zu intensivieren und die Veranstaltungsplanung nicht nach derzeitiger Praxis extern, sondern intern durchzuführen, beantragt Herr Löwenberg eine Mehrstelle im Fachbereich 4/2. Diese Stelle ist seines Erachtens mit BAT IV b zu bewerten.

Herr Stötzel führt aus, dass im Einvernehmen mit dem zuständigen Dezernenten die gesamte städtische Kulturarbeit neu analysiert und strukturiert werden soll. Er rät, vor Einrichtung der beantragten Stelle entsprechende Ergebnisse abzuwarten.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, eine Mehrstelle im Bereich Kultur mit der Bewertung BAT IV b einzurichten.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür, 5 Stimmen dagegen, 7 Enthaltungen

Aufgrund erhöhten Arbeitsaufkommens spricht sich Herr Schneider für jeweils eine Mehrstelle in den Fachbereichen 7/1 und 8/2 aus.

Herr Stötzel gibt zu bedenken, dass durch die vorgesehene Einführung von spezifischer Hard- und Software im Fachbereich 7/1 Entlastungen abzusehen sind.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt jeweils eine Mehrstelle in den Bereichen Planung und bauliche Unterhaltung einzurichten.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

BERATUNG DER ANLAGE 2 - Einsparstellen 2000

Herr Schneider weist darauf hin, dass die Einsparstellen im Reinigungsbereich zwar eine Personalkostenreduzierung darstellen, sich jedoch im Bereich der Unterhaltskosten (durch Fremdreinigung) erhöhend auswirken werden. Seiner Ansicht nach ist insgesamt gesehen durch zusätzliche Fremdreinigungskosten und höhere Eingrup-

pierungen trotz insgesamt gesehen eingesparter Stellen im Stellenplan 2000 nicht von einer Personalkostenreduzierung zu sprechen.

Er bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die mit Ratsbeschluss aus 1998 beschlossenen Mehrstellen im Fachbereich 7/4 (Grünes Telefon) und im Fachbereich 5 (Sozialplaner) nicht künftig eingespart werden können.

Frau Dellori verweist auf Punkt 2 ihrer Stellungnahme vom 07.02.2000 zum Stellenplan 2000 mit der Bitte, die dort geschilderten Fragestellungen zu bedenken.

BERATUNG DER ANLAGE 3 - N.N.-Stellen

Herr Schneider möchte sichergestellt wissen, dass über den Umweg der Ausweisung verschiedener Stellen in den Anlagen 3 und 4 keine nur schlecht nachvollziehbare Eingruppierungsänderungen vorgenommen werden.

Er hält die Anführung der Stellenreserven (laufende Nr. 12 - 15) für entbehrlich.

Frau Dellori weist auf die Problematik hin, die sie in ihrer Stellungnahme zum Stellenplan unter Ziff. 2.3 verdeutlicht hat.

BERATUNG DER ANLAGE 4 - Stellenumwandlungen

Herr Lehmann weist auf eine redaktionelle Veränderung hin: Auf Seite 3 ist die Stelle mit der Organisationsnummer 02050004010 aufgrund eines zwischenzeitlich rechtskräftigen Arbeitsgerichtsurteiles nicht mit I b, sondern mit I a auszuweisen.

Herr Löwenberg bezeichnet die dargestellten Stellenumwandlungen als Heilung von Altlasten. Er hält diese für grundsätzlich nachvollziehbar im Sinne eines Neuanfangs.

Er spricht sich dafür aus, die Bediensteten in den Fachbereichssekretariaten aufgrund mündlicher Zusagen der Vergangenheit nach VI b einzustufen.

Er stimmt den Ausführungen der Gleichstellungsstelle unter Ziff. 2.3 zum Stellenplan 2000 in vollem Umfang zu.

Die Herren Stötzel und Lehmann weisen darauf hin, dass das Gemeindeprüfungsamt die Einhaltung der Vorgaben des BAT prüft. Die Stellen in den Fachbereichssekretariaten werden einer nicht kleinlichen, tendenzlosen Einzelfallbewertung unterzogen, um somit eine tarifgerechte Eingruppierung zu ermöglichen. Sie hoffen auf ein positives Ergebnis zugunsten der Bediensteten.

Zu den Ausführungen der Gleichstellungsstelle unter Ziff. 2.3 erklären sie, dass derzeit Fristen des Beamtenrechts einer sofortigen Eingruppierung nach A 13 widersprechen. Aus heutiger Sicht bestehen keine Bedenken, die seinerzeitige Zusage vorbehaltlich der Möglichkeiten im Rahmen des Stellenkegels einzuhalten.

Solange die Neuordnung des Controlling-Wesens nicht abgeschlossen ist, fordert Herr Schneider, bei den entsprechenden Stellen keine Veränderungen vorzunehmen.

Er setzt sich für eine Gleichbehandlung bezüglich der Einstufung aller Fachbereichsleitungen ein.

In diesem Sinne sind seines Erachtens ebenfalls alle Abteilungsleitungen entsprechend der Entscheidung des Arbeitsgerichtes in der Klageangelegenheit des Abteilungsleiters 2/1 entsprechend gleich einzustufen.

Er ist der Meinung, dass die Abteilungsleitungsstellen 5/4 und 8/4 mit einem KU-Vermerk versehen werden müssen.

Er möchte wissen, was mit der teilweise gegebenen Begründung „redaktionelle Änderung“ gemeint ist.

Besonders aufgefallen ist ihm die Anzahl der Höhergruppierungen in 2000 in Höhe von 97 im Vergleich zu den vorgeschlagenen 52 Höhergruppierungen in 1999.

Eine Gegenüberstellung des vorgeschlagenen Stellenplanes mit dem manuellen Stellenplan ergibt seines Erachtens zahlreiche Abweichungen, die nicht in Anlage 4 enthalten sind. Er übergibt Herrn Lehmann eine einzelfallbezogene Abweichungsliste.

Herr Lehmann macht diesbezüglich auf grundsätzliche Unterschiede hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeiten bei Beamten und Angestellten aufmerksam. Ebenso spielen persönliche Voraussetzungen und Gegebenheiten des Stellenkegels eine Rolle. Eine genaue Prüfung der ihm übergebenen Aufstellung wird er vornehmen mit dem präjudizierten Ergebnis, dass die Ungereimtheiten sicherlich aufgeklärt werden können.

Herr Stötzel schlägt ein Vieraugengespräch zwischen den Herren Schneider und Lehmann vor.

Herr Gierlich macht allgemein darauf aufmerksam, dass bei in der Vergangenheit evtl. zu Unrecht erfolgten Zusagen eine Beförderung nicht erfolgen kann.

Er stellt den Antrag, dass der Bürgermeister vor dem Hintergrund widersprüchlicher Aussagen der Vergangenheit prüfen soll, ob die Wertigkeit der Stelle Sozialarbeiter / Sozialarbeiterin im Seniorenbüro eine Umwandlung nach IV a rechtfertigt.

Die Herren Baumeister und Lehmann entgegnen, dass die Stellenbewertung nach IV a Ergebnis zweimaliger Beratung aufgrund einer entsprechenden Stellenbeschreibung in der Bewertungskommission ist. Eine nochmalige Überprüfung halten sie für entbehrlich.

Herr Bernshausen widerspricht dem evtl. erweckten Eindruck des Übervorteilens mancher Kollegen / Kolleginnen. Stellen werden nach Prüfung mit einer bestimmten Bewertung ausgeschrieben und müssen nach deren Besetzung entsprechend bezahlt werden. Er bestätigt die Aussage von Herrn Löwenberg, dass mit dem Stellenplan 2000 aufgestaute Altlasten abgearbeitet werden.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Gierlich):

Die Umwandlung der Stelle mit der Organisationsnummer 01000001095 (Sozialarbeiter / Sozialarbeiterin Seniorenbüro) unterbleibt, bis der Bürgermeister den Nachweis über die BAT-konforme Stellenbewertung erbracht hat. Im Nachtragsstellenplan kann dann unter Umständen eine Modifizierung erfolgen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Stellenplan 2000 und die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 1996 - 2000 mit den v. g. Änderungen zu beschließen.

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, UWG), 1 Enthaltung (SPD)**

1. AfPOF 18.02.2000

**9. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung
Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes**

Vorlagenr. 272/00 - Vorlage vom 03.02.2000 -

Herr Lehmann und Frau Dellori erläutern die Verwaltungsvorlage.
Übersichten zu den Ausführungen von Frau Dellori sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, zur Umsetzung des Landes-gleichstellungsgesetzes entsprechend § 5 Abs. 6 GO NW die erforderlichen Än-derungen bei der Hauptsatzung zu berücksichtigen und den Entwurf eines Frauen-förderplanes gemäß §§ 5 a und 6 Landesgleichstellungsgesetz zu erstellen.

Grundlage für den Frauenförderplan soll die Fortschreibung der Daten zur Beschäf-tigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen für die Jahre 1998/99 sein, die Be-standteil des ersten Berichtes zur Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung 1996/97 waren (vgl. Ratsbeschluss vom 24.06.1998 zur Vorlage Nr. 2812/98). Die Bericht-erstellung dazu soll im II. Quartal dieses Jahres erfolgen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. AfPOF 18.02.2000

10. Zwischenbericht zur Arbeit der Gleichstellungsstelle

Vorlagenr. 268/00 - Vorlage vom 05.11.1999 -

Frau Dellori erläutert die Verwaltungsvorlage ausführlich anhand von Folien. Entsprechende Kopien sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Herren Dr. Holzäpfel und Stötzel loben die Gleichstellungsbeauftragte für die geleistete Arbeit und machen darauf aufmerksam, dass neue Ausschussmitglieder durch den Vortrag sehr umfassend in die Thematik Gleichstellung eingeführt wurden.

Fazit:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Zwischenbericht zur Arbeit der Gleichstellungsstelle zur Kenntnis.

1. AfPOF 18.02.2000

11. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung
Strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen
Weiterförderung der Kommunalstelle Frau und Beruf vom 01.07. bis 31.12.2001

Vorlagenr. 36/99 - Vorlage vom 19.10.1999 -

Frau Dellori erklärt, dass mittlerweile ein Bewilligungsbescheid des Landes NRW vorliegt, so dass sich dieser TOP erübrigt hat.

1. AfPOF 18.02.2000